

ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI 2018

Neues Energiegesetz: Ja für Klima und erneuerbare Energien

VIER JAHRE IST ES HER, SEITDEM DIE LUZERNER BEVÖLKERUNG DAS NEUE RAUMPLANUNGSGESETZ MIT EINEM JA-STIMMEN-ANTEIL VON 72,79 % ANGENOMMEN HAT. DIE BOTSCHAFT WAR KLAR, ES SOLL HAUSHÄLTERISCH MIT DEM BODEN UMGEGANGEN, DIE ZERSIEDELUNG GESTOPPT UND DIE LANDSCHAFT MIT IHREN LEBENS-RÄUMEN ERHALTEN WERDEN. PASSIERT IST ABER NICHTS.

Am 10. Juni kommt das vom Kantonsrat verabschiedete Energiegesetz zur Abstimmung. Das alte Gesetz von 1989 entspricht nicht mehr der heutigen Wirklichkeit und muss abgelöst werden. Bei der Beratung zeigten sich alle Parteien kompromissbereit und willig, die Weichen für eine vorausschauende und verantwortungsvolle kantonale Energiepolitik zu stellen – ausser der SVP, welche das Referendum ergriff, obwohl die Luzerner Bevölkerung mit 58,5 % der Energiestrategie 2050 des Bundes klar zustimmte.

Das neue Energiegesetz setzt auf intelligente Technologien und die ef-



Hasan Candan, Kantonsrat, Luzern

fiziente Nutzung von lokalen erneuerbaren Energien. Dies ist unbedingt notwendig, da immer noch 64 % der Heizungen oder Warmwasserboiler im Kanton Luzern durch fossile Brennstoffe oder Elektroheizungen betrieben werden. Diese verursachen hohe Energieverschleisse und CO₂-Emissionen, welche die Klimaerwärmung und mit ihr den Verlust unserer Gletscher weiter vorantreiben. Zudem sind wir enorm von Energieimporten abhängig, jährlich fliessen 210 Mio. Franken aufgrund von Erdöl- und Gasimporten ab, zu Oligarchen nach Russland oder korrupten Regimes. Über die ganze Le-

bensdauer betrachtet sind Heizsysteme mit erneuerbaren Energien zudem günstiger und bedeuten tiefere Heizkosten. Das neue Energiegesetz ist somit ein Gewinn für das Klima, die lokale Wertschöpfung und die Mieterinnen und Mieter und schafft Arbeitsplätze.

Dem Komitee könnt ihr hier beitreten: www.energiegesetz-lu-ja.ch/mitmachen.



Windkraftanlage im Entlebuch.

ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI 2018

Heute die Weichen stellen für die künftige Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern

IM NOVEMBER 2016 REICHTE DAS ÜBERPARTEILICHE KOMITEE «LUZERNER ALLIANZ FÜR LEBENSQUALITÄT» EINE VOLKSINITIATIVE EIN, MIT DER DIE SICHERUNG DER VERSORGENGSQUALITÄT SOWIE DIE FLÄCHENDECKENDE SPITAL- UND NOTFALLVERSORGUNG IM KANTON LUZERN VERLANGT WIRD.

der übrigen Mitarbeitenden, was letztlich zu Resignation und höherer Fluktuation bis hin zur Berufsaufgabe führen kann. Es gilt, dieser zunehmenden Tendenz vorzubeugen und durch gute Arbeitsbedingungen dafür zu sorgen, dass die Spitalberufe attraktiv bleiben. Die Initiative fordert Minimalstandards für die qualitativen und quantitativen Stellenpläne, ausreichende Mittel für eine bedarfsgerechte Aus-, Fort- und Weiterbildung des Spitalpersonals, zudem Forschung sowie eine adäquate Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Der Kanton muss dazu die politische Kontrolle wahrnehmen, die Ent-



Marianne Wimmer-Lötscher, Kantonsrätin, Ebikon

wicklungen aktiv mitsteuern und darüber hinaus auch in Zukunft die flächendeckende Spital- und Notfallversorgung mit den heute drei Standorten sicherstellen.

Die bürgerliche Mehrheit lehnt die Initiative als überflüssig ab, weil die Forderungen bereits erfüllt seien. Dem könnte man heute sogar mehrheitlich zustimmen, wenn da nicht bereits die Revision des Spitalgesetzes in Vorbereitung wäre – die Tür und Tor öffnet zu medizinischer Profilierung und Gewinnmaximierung. Wir brauchen euer Engagement und eure Stimmen, um die Abstimmung am 10. Juni 2018 zu gewinnen.



Die demographische Entwicklung, der medizintechnische Fortschritt und die wachsenden Ansprüche der Leistungsempfänger heizen dem Gesundheitssystem zunehmend ein. Und, als würde dies nicht schon ausreichend für Herausforderungen sorgen, verschärfen auch ökonomischer Druck und die Arbeitsmarktsituation die Spannung. Mitarbeitende mit mangelnder Fach- und Sprachkompetenz sind mit komplexen Patientensituationen überfordert. Dies führt zu Mehrbelastungen